

Telegraphische Depesche  
der Thorner Zeitung.

Warschau, 9. März. Der Wasserstand hier 12 Fuß 6 Zoll; dasselbe fällt langsam wie scheint in Folge einer Eisstopfung oberhalb, von wo kein Eis kommt.

## Tagesbericht vom 9. März.

München, 8. März. Ein königl. Handschreiben vom 7. März genehmigt das Entlassungsgesuch des Fürsten Hohenlohe, und ernannt den Grafen von Bray-Steinburg zu seinem Nachfolger. Fürst Hohenlohe wurde zum Staatsrath und Capitular des Hubertus-Hausordens ernannt. Die übrigen Minister blieben im Amte.

Wien, 8. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht im amtlichen Theile eine Verordnung des Gesamtministeriums vom gestrigen Tage, wodurch die für das Gebiet der Bezirkshauptmannschaft Cattaro getroffenen Ausnahmeverfügungen aufgehoben werden. Die Meldung verschiedener Blätter, General Klapka gedenke alle seine Stellen niederzulegen und Ungarn wieder zu verlassen, ist gutem Vernehmen nach unbegründet.

London, 8. März. Die Unterhausdebatte über die irische Landbill dürfte voraussichtlich mehrere Tage hindurch dauern. Das der Bill zu Grunde liegende Prinzip wird nur wenig angefochten. Die zweite Lesung der Bill wird wahrscheinlich Donnerstag oder Freitag erfolgen.

Paris, 8. März. Der gesetzgebende Körper trat gestern nach der Vertagung wieder zusammen. Zur Berathung stand die Interpellation des Deputirten Lebon über Algerien. Die Debatte verlief ohne bemerkenswerthen

## Napoleon III. und Hudson Lowe.

Nach dem Französischen von D. Hanke.

Im September 1833 besuchte ich von Genf aus das Chamouny-Thal. Unweit der Landstraße zwischen Cluse und Sallenches liegt jene merkwürdige Höhle, welche unter dem Namen der „Grotte von Balme“ bekannt ist. Sie ist siebenhundert Fuß über dem Wasserspiegel der Arve gelegen, und ein grandioses Felsthorn öffnet den Eingang zu ihrer — bis jetzt noch unergründeten Tiefe. In einer Entfernung von drei- bis vierhundert Fuß vom Eingange öffnet sich zu den Füßen des Wanderers ein gähnender Spalt und bedeckt von ewiger Felsennacht hört man tief unten einen Bergsturz rauschen.

In diesem Lande versteht man es vortrefflich, alle Naturmerkwürdigkeiten zu Gelde zu machen, und so ist auch die Grotte von Balme seitens der sardinischen Regierung an eine Savoyardin verpachtet worden, d. h. nur ihr allein steht das Recht zu, Reisenden die Grotte zu zeigen oder zeigen zu lassen, wofür sie jährlich einen Pachtzins an die Regierung zu entrichten hat. Diese Frau hat auf eigene Kosten und mit Überwindung unendlicher Schwierigkeiten Treppen und Stiege in die Felswand hauen lassen und so den früher ungemein gefährlichen Weg zur Oeffnung der Grotte auch den minder waghalsigen Reisenden zugänglich gemacht.

Meine Führerin den Berg hinauf war ein junges Mädchen, dessen stolze Körperhaltung und dessen Accent auf den ersten Blick die Italienerin verriethen; schlank und doch kräftig gewachsen, gelbbraunlichen Leints, erinnerte sich mir, wie sie leichten Fußes die Höhe vor mir erklimmte, lebhaft an die Fenella Walter Scotts. Am Eingange der Höhle zündete sie eine Fackel an, deren trübes, flackerndes Licht das wunderbare und schauerlich großartige Naturschauspiel, welches sich meinen Blicken darbot, noch erhöhte.

Ich war bereits im Begriff, den Rückweg anzutreten, als meine Begleiterin, mich aufforderte, meinen Namen in das Fremdenbuch einzuschreiben, in welchem die Besucher der Grotte sich zu verewigen pflegen. Wie ich so in dem Buche hin und her blätterte, fällt mir plötzlich ein Name in die Augen, der, auf sonderbare Weise ausgelöscht, in seinen Zügen doch immerhin noch deutlich zu erkennen war. Ein Ausruf des Staunens entfuhr mir und meine Begleiterin wurde aufmerksam.

„Warum ist der Name hier weggeschliffen?“ fragte ich. Sie sah mich mit einem sonderbar forschenden Blick an, gleich als wollte sie meine Gedanken in meinem Gesichte lesen.

„Sie sind wohl aus Frankreich, mein Herr, nicht wahr?“ begann sie, und als ich bejahend mit dem Kopf

Zwischenfall. — Die Zeitungen veröffentlichen einen Brief Montalembert's vom 28. Februar, in welchem dieser seine volle Zustimmung zu dem Schreiben des P. Gratry erklärt und seine Bewunderung für Dupanloup und Gratry ausdrückt, welche den Muth hatten, sich dem Ultramontanismus gegenüberzustellen. „Ihnen ist es zu danken“, heißt es weiter, „wenn das katholische Frankreich nicht zu sehr hinter Deutschland, Ungarn und Amerika zurückbleibt.“ Montalembert bedauert, daß Krankheit ihn verhindert, mit jenen Männern in die Arena hinabzusteigen; er hoffe, daß der Katholicismus sich in Europa, wie er es schon in Amerika gethan hat, den unvermeidlichen Forderungen der modernen Gesellschaft anzufügen wissen wird, ohne irgend welche Aenderung in seinen Glaubenssätzen und seiner Sittenlehre zu erleiden. Das ultramontane Journal „Monde“ läßt sich aus Rom vom gestrigen Tage telegraphiren, der Papst hat heute Befehl gegeben, an die Mitglieder des Concils das Schema zu vertheilen, welches die Vorschläge, betreffend die Dogmatisirung der päpstlichen Unfehlbarkeit enthält. — Einwendungen gegen dasselbe können bis zum 17. d. M. erhoben werden.

## Reichstag.

16. Plenarsitzung des Reichstages am 8. März. Die Gesetzentwürfe betreffs Abänderung des Bundeshaushaltsetats pro 1870 und betreffs Ergänzung der Maß- und Gewichtsordnung für den norddeutschen Bund werden ohne Debatte in dritter Lesung definitiv angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Bundeshaushalts für das Jahr 1870 wird zur dritten Lesung gestellt, dazu auch auf Antrag von Benda nachstehende

nichte, fuhr sie fort: „Dann will ich Ihnen die Geschichte erzählen.“

„Es mögen ungefähr drei Monate her sein“, hub sie an, „da kamen drei junge Männer von Sallenches herauf und wollten die Grotte sehen; ich mußte sie umherführen. Kurze Zeit nach ihnen war ein anderer Reisender mit einem Diener eingetroffen und ihn führte meine Herrin selbst, weil Niemand anderes da war. Ehe sie den Gang durch die Höhle antrat, hatte sie das Fremdenbuch herausgelegt und der fremde Herr hatte seinen Namen sofort eingeschrieben. Wir befanden uns bereits auf dem Rückwege, als meine Herrin mit dem Fremden uns entgegenkam; die drei junge Leute konnten beim Scheine der Fackeln den Herrn wahrscheinlich nicht genau sehen, denn sie gingen achtlos an ihm vorüber, und nur seine Art und Weise zu sprechen schien sie zu belustigen und reizte sie zum Lachen. Am Eingange der Grotte ersuchte ich die jungen Herren, ihre Namen ebenfalls in das Buch zu schreiben; der Eine von ihnen, dem die Anderen mit einer gewissen Ehrfurcht begegneten, obwohl er ihnen an Jahren nicht überlegen war, gab mir zur Antwort, sie pflegten das nie zu thun, doch ließ er sich das Buch geben, blätterte darin umher, las einige Namen laut vor und machte sich über die Verse lustig, welche hie und da eingeschrieben waren. Plötzlich erblickte er auf der letzten Seite den soeben eingeschriebenen Namen; überrascht rief er ihn laut aus, worauf die Anderen ebenfalls in das Buch blickten, und ganz eben so erstaunt waren, als der Erste. „Er ist hier, meine Freunde, er ist wirklich hier und kam uns vorhin entgegen“, rief dieser endlich aus, „Gott selbst hat ihn in unsere Hand geliefert, damit er für seine Schandthaten büße.“ — „Wohlan!“ sagten die beiden Anderen, „ihm nach, wir müssen ihn finden!“ Ich stand bestürzt; ich begriff durchaus nicht, was vorging, aber ihre zornigen Geberden, ihr lautes Sprechen ließen mich ein großes Unglück ahnen.

Sie rissen mir die Fackel aus der Hand und stürzten fort in die Grotte zurück. Sie stießen in ihrem rasenden Lauf an die Tropfsteinzacken und an die Felsenecken, aber sie schienen es in ihrer eifrigen Verfolgung kaum zu fühlen. Ich folgte ihnen von Weitem — am ganzen Leibe zitternd. Da sie sich indeß in den vielen Kreuzwegen nicht zurecht zu finden vermochten, kamen sie wieder zu mir zurück, gaben mir die Fackel in die Hand und befahlen mir herrisch, ihnen den Weg zu zeigen.

Ich führte sie absichtlich durch verschiedene Seitengänge, da ich hoffte, der Fremde werde indessen auf einem andern Wege die Höhle verlassen. Plötzlich hörten wir ganz in unserer Nähe Stimmen, und ich erkannte die des fremden Herrn sofort wieder. Die jungen Leute schoben mich mit Gewalt bei Seite und sprangen voller Muth nach der Gegend hin, wo die Stimmen sich hören ließen.

Resolution angenommen: „der Reichstag spricht bei Genehmigung des Gesetzentwurfes die Erwartung aus, daß die Bundesregierung in der nächsten Session den Gesetzentwurf wegen definitiver Einrichtung des obersten Rechnungshofes für den norddeutschen Bund dem Reichstage vorlegen werde.“

Darauf wird die Berathung über das Strafgesetzbuch fortgesetzt. Bei dem zweiten Abschnitt, über den Versuch handelnd, beantragen Dr. Schwarze und Gebert bei dem § 41, welcher den Begriff des Versuchs definit, den zweiten Absatz zu streichen, während v. Kirchmann eine andere Fassung des § vorschlägt. Nach einiger Debatte werden jedoch beide Anträge abgelehnt und der Wortlaut der Reg. Vorlage angenommen. — § 42, die Strafen für den Versuch festsetzend, wird nach Streichung der Worte „mit dem Tode“ angenommen: ebenso die übrigen §§ dieses Abschnittes und des dritten Abschnittes, von der Theilnahme handelnd.

Ueber den vierten Abschnitt, der von den die Strafe ausschließenden oder mildernden Gründen handelt, erhebt sich eine längere Debatte. — Twetten, Lasker, Frhr. v. Hoverbeck und Gen. beantragen: zu Anfang des Abschnittes, folgenien § einzuschalten: „Kein Mitglied eines Landtags, oder einer Kammer eines zum Nordd. Bunde gehörigen Staates darf außerhalb der Versammlung zu welcher es als Mitglied gehört, wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs gethanen Aeußerungen zur Verantwortung gezogen werden.“ — Graf Kleist beantragt dazu folgenden Zusatz:

„Als berufspflichtige Aeußerungen gelten nur solche, welche innerhalb der für die Versammlung des Landtages oder der Kammer bestimmten Räume gefallen sind.“ — Lasker motivirt diesen Antrag in der Hauptsache damit,

„Was sie zuerst für Worte wechselten, das konnte ich nicht verstehen, aber als ich die Gruppe erreichte, sah ich, wie die drei jungen Leute den fremden Herrn beim Kragen gepackt hielten und ihn zornig schüttelten. Er schrie um Gnade, während sein Diener auf den Knien lag und stäglich für seinen Herrn bat, aber sie stießen ihn ungestüm zurück und riefen: „Fort mit dem Buben in das Loch!“ Dann schleppten sie den Fremden hinten nach der Grotte zu dem Abgrund. Der arme Mann suchte sich festzuklammern, wo er konnte — seine Kleider waren zerrissen, er blutete im Gesicht und an den Händen; er streckte flehend die Arme nach uns aus und bat so jammervoll um Hilfe, daß ich noch heute mit Schreck und Mitleid daran denke. Trotz seines Sträubens aber schleppten ihn die drei bis hart an den Abgrund — da versuchte er es noch einmal, sie um Gnade zu bitten, aber das schien ihnen Grimm nur noch zu erhöhen. „Herrsknecht!“ schrie der Eine, „hast Du Erbarmen gehabt, ehrloser Büttel? Kein Mitleid mit Leuten Deinesgleichen!“ Sie packten ihn und schon hing er mit halbem Leibe über dem Spalt, da ermannte sich endlich meine Herrin von dem Schreck, der sie bisher sprachlos gemacht hatte — sie stürzte zwischen die Kämpfenden, schlang ihre Arme um den Körper des Unglücklichen und schrie: „Erbarmen, meine Herren! Wenn sie diesen Mord ausführen, ruiniren sie mich und meine ganze Familie.“ Ich warf mich ebenfalls auf die Knie vor den Herren und half ihr bitten. Da erst schienen die drei zur Besinnung zu kommen.

„Gut“, sagte der Eine, „wir lassen ihn laufen, aber der Büchtigung soll er nicht entgehen“, und mit diesen Worten trieben sie den Fremden zum Eingange zurück. Vor dem Tische, auf welchem das Fremdenbuch lag, zwangen sie ihn niederzuknien.

„Glender Schurke!“ donnerten sie ihm entgegen, „Dein Name bedudelt dies Buch, lösch ihn aus!“ Der Unglückliche streckte die Hand nach dem Schreibzeuge aus.

„Nein, nein, nicht so! Ablecken mußt Du ihn mit Deiner eigenen Zunge.“

Anfangs sträubte er sich, da aber drohten sie ihm noch fürchterlicher! Sie drückten ihm das Gesicht mit Gewalt auf das Papier — und warfen ihn dann mit Schimpf und Schande hinaus.

„Und wer waren diese jungen Leute?“ fragte ich das Mädchen: „haben Sie ihre Namen nicht erfahren?“

„Nein“, antwortete sie, „sie gingen fort, ohne sich zu nennen, aber nachher habe ich die Leute sagen hören, daß an demselben Tage ein junger Mann mit zwei Begleitern in Sallenches eingekehrt wäre; sie nannten ihn Louis Bonaparte.“

Und der im Fremdenbuche ausgelöschte Name hieß: „Sir Hudson Lowe.“

daß die Kammermitglieder der kleineren Staaten endlich einmal des Schutzes theilhaftig werden müssen, dessen kein Abgeordneter zur Ausführung seines Berufes entbehren könne. — Der Justizminister spricht die Bereitwilligkeit des Bundesraths zur Erörterung dieser Frage aus, wünscht jedoch die betreffende Bestimmung in einem späteren § aufzunehmen. — Graf Kleist: Er und seine Freunde (die Conservativen) legten dieser Frage mehr Werth bei, wie der über die Todesstrafe; trotzdem hielten sie den Antrag Kaiser für unannehmbar, weil dieser den Abgeordneten die unbeschränkte Redefreiheit auch außerhalb der Kammer beilegen wolle. Das sei entschieden zu weit gehend und deshalb habe er seinen Zusatzantrag gestellt. — Wagener (Neustettin) verwahrt sich gegen die Aeußerung des Vorredners, als habe dieser auch in seinem Auftrage gesprochen; er sei entschieden gegen die hier nebenächlich versuchte Erledigung der großen Prinzipienfrage. Er könne nicht seine Hand dazu bieten, hier die einzelnen Landesverfassungen abzuändern. — Miquel meint, der Vorredner finde den Schwerpunkt des Antrages in der möglichen Beeinträchtigung der Rechte des Preussischen Herrenhauses; glücklicherweise stehe dem aber die Bundesverfassung nicht entgegen, denn sonst könne der kleinste Staat nicht nur die Entwicklung der Bundesverfassung, sondern auch die der deutschen Nation ganz nach Belieben hemmen. Der in Rede stehende Antrag sei schon so oft erörtert worden und habe so bedeutende Majoritäten für sich gefunden, daß über die Nothwendigkeit der Aufnahme einer solchen Bestimmung in das Strafgesetzbuch kein Zweifel obwalten könne. — v. Kardorff schließt sich diesen Ausführungen durchgehend an. Herr Wagener befinde sich im großen Irrthum, wenn er mit der Annahme des Westenschen Antrages für das Herrenhaus fürchte; die Mehrheit der Conservativen des Preussischen Abgeordnetenhauses sei längst darüber einig, daß eine Landesvertretung nur bei vollster Redefreiheit ersprießlich wirken könne, und freue er sich, daß der Justizminister auch heute wieder dem Antrage zustimme. (Der Justizminister schüttelt energisch das Haupt.) — Bei der Abstimmung wird der Kaiser-Westensche Antrag ohne den Kleistschen Zusatzantrag mit großer Majorität angenommen; es stimmen dafür die liberalen Fraktionen, die Freikonservativen und verschiedene Conservative, auch General v. Steinmeß.

Die §§ 49—55 werden ohne Debatte angenommen; zu § 56: „Ein Taubstummer, welcher die zur Befekntniß der Strafbarkeit einer von ihm begangenen Handlung erforderliche Einsicht nicht besitzt, ist freizusprechen.“ — findet auf Antrag des Abg. Dr. Meyer (Thorn) folgende Resolution Annahme: „Der Reichstag fordert den Bundeskanzler auf, im Wege einer Vorlage die Regelung eines Verfahrens herbeizuführen, durch welches Personen, die wegen ihres Geisteszustandes, oder als Taubstumme für straflos erklärt worden sind, im Falle der Gemeingefährlichkeit einer wirksameren Beaufsichtigung überwiesen werden können.“

Die §§ 57—61 werden ohne Debatte genehmigt. § 62 erhält auf Antrag des Abg. Dr. Meyer (Thorn) folgende Fassung: „Nach Verkündung eines auf Strafe lautenden Erkenntnisses kann der Antrag (auf Verfolgung einer strafbaren Handlung) nicht zurückgenommen werden. Die „rechtzeitige Zurücknahme des Antrages gegen eine der vorbezeichneten Personen hat die Einstellung des Verfahrens auch gegen die anderen Personen zur Folge.“ — (Nach der Reg. Vorl. konnte der Verfolgungsantrag schon nach Eröffnung der eingeleiteten Untersuchung nicht zurückgenommen werden.) In § 63 der die Berechtigung zu Strafanträgen von Minderjährigen, Geisteskranken und Taubstummen, Verlegten regelt, werden die Worte: „Vater oder Vormund“ durch „gesetzliche Vertreter“ ergänzt.

Die §§ 64 und 65 werden unverändert, § 66 auf Antrag des Abg. Dr. Meyer (Thorn) in folgendem Wortlaut angenommen: „Jede Handlung des Richters, welche wegen der begangenen That gegen den Thäter oder Theilnehmer gerichtet ist, unterbricht die Verjährung. Die Unterbrechung findet nur rücksichtlich desjenigen statt, auf welchen die Handlung sich bezieht. Nach der Unterbrechung beginnt eine neue Verjährung.“

Die §§ 67—69 werden unverändert genehmigt; § 70 in folgendem Wortlaut: „Jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung derjenigen Behörde, welcher die Vollstreckung obliegt, sowie die zum Zwecke der Vollstreckung erfolgende Festnahme des Verurtheilten unterbricht die Verjährung. Nach der Unterbrechung der Strafe beginnt eine neue Verjährung.“

Mit der unveränderten Annahme der §§ 71—77 ist die Tagesordnung erledigt. Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen Vormittag 11 Uhr. Tagesordnung Strafgesetzbuch.

## Deutschland.

Berlin, d. 9. März. Rechtsverwaltung. Endlich ist die Frage der Anstellung von Richtern jüdischer Confession zweifellos entschieden. Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält die Ernennung zweier jüdischer Gerichtsassessoren (Lunge und Salomon) zu Stadtrichtern in Breslau.

— Zu den Neuwahlen. Bezüglich derselben theilt ein Berliner Correspondent der „Elbld. Ztg.“ mit, daß eine Einigung der liberalen Parteien zu einem gemeinsamen Programme nicht möglich ist. Namentlich sind es die Forderungen der liberalen Parteien in den neuen

Landestheilen, welche eine Einigung unmöglich machen. So werden nach zuverlässigen Mittheilungen die Schleswig-Holsteiner kurzweg die einjährige Dienstzeit, die bedeutende Herabminderung des Präsenzstandes und jährliche Feststellung des Militärbudgets verlangen. Ihre Abgeordneten werden verpflichtet, im Falle der Nichtbewilligung gegen das Ganze des Staatshaushaltsetats im Landtage wie im Reichstage zu stimmen.

— Zur Abschaffung der Todesstrafe. Die Hoffnung, daß über die Todesstrafe zwischen Regierung und Reichstag eine Verständigung zu erzielen sei, etwa durch Eingehung eines Compromisses, wonach die Todesstrafe auf den Nord beschränkt werde, dürfte nach dem, was man aus unrichtiger Quelle erfährt, keine Aussicht auf Erfüllung haben. Die Bundesregierung ist entschlossen, auf dem in der Rede des Bundeskanzlers eingenommenen Standpunkte zu beharren und sich nichts abdingen zu lassen. Da man aber eben so wenig auf ein Nachgeben des Reichstages rechnen darf, so ist das Zustandekommen des Strafgesetzbuches in dieser Session sehr unwahrscheinlich geworden. — Da unter diesen Umständen die Arbeit des Reichstages eine erhebliche Beschränkung erfahren dürfte, so gewinnt die Aussicht auf eine außerordentliche Session des Landtages nach dem Schlusse der Reichstagsession an Wahrscheinlichkeit. Denn nur eine event. zu große Ausdehnung der Session des Reichstages würde die Regierung von ihrem Entschlusse, den Landtag noch einmal einzuberufen, abbringen können. Uebrigens wird nur auf eine etwa 14tägige Dauer der außerordentlichen Session gerechnet, da die Weiterberathung des Kreisordnungsentwurfes als aufgegeben gilt und nur eine Erledigung der Justizvorlage beabsichtigt wird.

— Finanzielles. Der „B. V.-Ztg.“ geht folgende wichtige Mittheilung zu: „Die preussische Regierung in Verbindung mit den übrigen Zollvereinsregierungen hält an der Ansicht unbedingt fest, daß eine Erhöhung der Steuereinnahmen absolut geboten erscheine und wird, um nicht auf die einmal bereits abgelehnten Vorlagen, namentlich auf die vielbesprochene Petroleumsteuer zurückzukommen, dem Zollparlamente eine Vorlage wegen Erhöhung der Steuer auf Kasse von 5 Rtl. auf 6 Rtl. pro Centner machen und diese Vorlage in eine unmittelbare Verbindung setzen mit der Vorlage wegen Ermäßigung der Eisenzölle. Der Zollbundesrath wird sich mit diesen wichtigen beiden Vorlagen in erster Reihe zu beschäftigen haben.“

Für den Fall, daß nach dem Schlusse des Zollparlamentes der preussische Landtag zu einer außerordentlichen Session zusammentreten sollte, wird demselben, wie die „C. S.“ aus Abgeordnetenkreisen hört auch ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher dem Finanzminister einen Betriebsfonds schafft durch die Ermächtigung zum Verkauf von Staatsgütern: als Domänen, Salinen, Hütten u. s. w. Wenn der Grundsatz als richtig anerkannt ist, daß der Staat aufhören soll, Industrie zu treiben, so ist der jetzige Augenblick zum Verkaufe solch industrieller Unternehmungen äußerst günstig.

— Actiengesellschaften. Der Art. 249 des für die Actiengesellschaften, welche zugleich Handelsgesellschaften sind, maßgebenden deutschen Handelsgesetzbuches überläßt den Landesgesetzen zu bestimmen, daß es der staatlichen Genehmigung zur Errichtung von Actiengesellschaften nicht bedarf. Auf Grund dieses Vorbehalts haben nach der „C. S.“, innerhalb des Norddeutschen Bundes folgende Staaten von einer Staatsgenehmigung abgesehen: Lübeck, Oldenburg, Bremen, Hamburg, im übrigen Deutschland auch Baden und Württemberg in ihren verschiedenen Einführungsgesetzen. Preußen hat in seinem Einführungsgesetze von diesem Vorbehalt keinen Gebrauch gemacht, weil man die Creirung einer juristischen Person ohne Staatsgenehmigung mit den bestehenden Rechtsgrundsätzen nicht vereinbar findet, weil man den Schutz des Publikums und der Gesellschaftsgläubiger gegen Schwindel für eine Pflicht des Staats, und weil man endlich die Sicherung des allgemeinen Wohlstandes und der Landesindustrie gegen die Geldmacht der Actiengesellschaften für nothwendig hielt. Diese Gründe werden von der preussischen Regierung nicht mehr aufrecht erhalten und sie schlägt in dem Entwurfe, den sie dem Bundesrathe vorgelegt hat den Fortfall der staatlichen Genehmigung vor, will darin aber zum Schutze des Publikums gegen Uebervorteilung und Täuschung einen Ersatz schaffen durch gesetzliche Normativbedingungen, die sich theils auf die Begründung, theils auf die fortlaufende Verwaltung der Gesellschaften zu beziehen haben. Diese Vorschriften waren im preussischen Entwurfe der preussischen Gesetzgebung angepaßt, der Justizauschuß des Bundesraths hat aber äußerem Vernehmen nach beschlossen, den Entwurf dem preussischen Ministerium mit dem Ersuchen zu überweisen, die Vorschriften so umzuarbeiten, daß sie sich überall im Wesentlichen denen des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches anschließen.

— Baiern und der Norddeutsche Bund. Die nunmehr gesicherte Ernennung des Grafen Bray zum Nachfolger des Fürsten Hohenlohe in dem bayerischen Ministerialpräsidium wird in hiesigen diplomatischen Kreisen allgemein als Bürgschaft dafür betrachtet, daß an den Verträgen mit Preußen nicht gerüttelt werden soll und überall in der bisherigen Politik des Münchener Cabinets keine prinzipiellen Aenderungen eintreten. Am allerwenigsten wird von einer Schwelung nach Oestreich hin die Rede sein können, da Graf Bray von allen bayerischen Staatsmännern zumeist von der Ueberzeugung durchdrun-

gen ist, daß die Schwierigkeiten, welche Oestreich im Innern zu überwinden hat, dem Wiener Cabinet noch auf lange hinaus nicht gestatten, irgend welche Action nach außen hin einzuleiten.

— Die Entwaffnungsfrage, die jüngst wieder in Anregung gekommen ist, fällt ganz und gar mit der deutschen Frage zusammen, denn bevor letztere gelöst wird, weder an eine Reduktion der Kadres, noch an eine Herabsetzung der Dienstzeit gedacht werden können. Daß dieselbe von französischer Seite mit besonderer Rücksicht auf Preußen wieder auf's Tapet gebracht ist, mag ein Fingerzeig dafür sein, daß die Franzosen noch immer nicht ganz von ihren Interventionsgelüsten in deutsche Angelegenheiten zurückgekommen sind. Auch die neuliche offiziöse Bemerkung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß man nicht wisse, ob Graf Daru die Ideen Thiers in der deutschen Frage theile, darf als ein Zeichen dafür gelten, daß man im hiesigen maßgebenden Kreise die Ansicht theilt, Frankreich werde für den Fall der Ueberbreitung der Mainlinie seitens Preußens sich lediglich mit Protesten begnügen.

## Russland.

— Frankreich. Zum Konzil. Es scheint gewiß zu sein, daß der französische Minister des Auswärtigen in seiner Depesche an den kaiserlichen Gesandten in Rom das concordatmäßige Recht, einen außerordentlichen Botschafter zum Concil zu schicken, reclamirt hat. Drohungen mit extremen Schritten für den Fall, daß der Papst diesen Botschafter nicht empfangen wolle, sind nicht gefallen. Bis jetzt scheint so viel festzustehen, daß die kaiserliche Regierung sich nur für den Fall in die Verhandlungen des Concils einmischen wird, wenn diese Versammlung durch ein Anathem dem französischen Gesetzbuch oder den Dynastien, die kraft des allgemeinen Stimmrechts regieren, zu nahe treten sollte. Die Frage der Unfehlbarkeit bleibt noch aus dem Spiel, da die Regierung dieselbe als eine rein kirchliche betrachtet.

Italien. Die päpstliche Kurie und die Polen. Eine für unsere preussisch-polnischen Verhältnisse nicht unwichtige Nachricht aus dem Schooße des Concils. Im Laufe der letzten Jahre haben wir mehreremal Gelegenheit gehabt, des Kampfes zu gedenken, der sich in Bezug auf die Stellung der Kurie zu Polen zwischen dem Cardinal Antonelli und den flüchtigen Priestern in Rom und Paris entzweit hat. Cardinal Antonelli, von der Unzulässigkeit jedes polnisch-nationalen Widerstandes gegen die russische Gewalt überzeugt, hat dem Papst wiederholt gerathen, den Polen willige Unterwerfung unter die russische Herrschaft zu empfehlen, und dafür von Rußland eine mildere Behandlung der polnisch-katholischen Kirche in den Grenzländern Lithauen, Volhynien, Podolien, Kiew und Mohilew, einzutauschen. Die Unterhandlungen, die der Czar zu Erreichung eines solchen Abkommens in Rom führen ließ, sind vom Cardinal Antonelli dringend befürwortet worden, und hatten schon einmal fast ihren Abschluß erreicht, als die Flucht des Lubliner Bischofs und die Nachrichten, die derselbe nach Rom brachte, den Papst so erzürnten, daß er von der Sache nichts mehr wissen wollte. Während des Concils sind indes die damals abgerissenen Fäden wieder aufgenommen worden, und, wie es scheint mit einiger Aussicht auf Erfolg. Durch den augenblicklich vorherrschenden Einfluß der Jesuiten, denen niemals viel an der Bewahrung der Nationalitäten gelegen hat, und die selbst in Polen, wo Religion, Politik und Sprache so lange identisch gewesen sind, sich auf den Glauben allein stützen zu können meinen, ist die russische Regierung ermuthigt worden, ihre Anträge zu erneuern, und hat dabei, wie gewöhnlich, die Unterstützung Antonelli's gefunden. Auch der Papst scheint unter dem Einfluß der schwebenden religiösen Verhandlungen geneigt, alle anderen Bedenken fallen zu lassen, wenn nur die Macht der Kirche genügend anerkannt wird — eine Anschauungsweise, in der er vom Erzbischof von Posen und den polnischen Mönchen von der Auserstehungsbrüderschaft, die schon lange in Rom den Jesuiten affiliirt leben, bestärkt wird. Vergebens haben andere polnische Geistliche, die sich als Flüchtlinge in Paris und Italien aufhalten, dagegen zu wirken gesucht; sogar ein öffentlicher Briefwechsel mit ihren Landsleuten und Standesgenossen von der Auserstehungsbrüderschaft hat ihnen bisher nur abweisende Antworten eingetragen. Unter dem Druck dieser Situation sind, wie wir hören, ein Theil der polnischen Bischöfe auf dem Concil von ihrem bisherigen absoluten Gehorsam gegen den Papst soweit abgegangen, daß sie das Postulat gegen die Unfehlbarkeit unterzeichnet haben. Als die Priester, die diesen für polnische Kleriker ungemein auffallenden Schritt gethan haben, werden uns die Väter Wierzykiewski und Szymonowicz, von denen der eine lateinischer, der andere orientalischer Erzbischof von Lemberg ist, und Purkalski, Bischof von Tarnow, genannt. Es ist bekannt, daß die Polen bisher für den Papst und das Concil geschwärmt haben, weil sie im Katholicismus eine Stütze ihrer nationalen Bestrebungen gegen Rußland sahen. Sie waren das einzige Volk, dessen bedeutendste politischen Organe enthusiastische Artikel über den Vatican und alle seine hierarchischen Absichten brachten. Nun plötzlich wendet sich das Blatt. Die Galizier fallen ab und lassen Graf Ledochowski, den Erzbischof von Posen, mit den Auserstehungsbrüder allein. Natürlich, wenn der Papst Absichten kundgibt, die einer thatsächlichen Begünstigung Rußlands gleichkommen, so werden die Gegner Rußlands am wenigsten geneigt, ihn für infallibel zu erklären.



